

BERUFSLEHRE – Wirtschaftskammer-Kampagne für duale Bildung läuft seit Jahren erfolgreich.

«Fit in die Lehre» hilft auch Kosten sparen

Das Baselbiet ist einer der Kantone mit überdurchschnittlich hoher gymnasialer Maturitätsquote. Sie liegt laut Bundesamt für Statistik (BFS) bei 22 Prozent. Zum Vergleich: Aargau weist eine Quote von 16,9, St. Gallen eine solche von 14,2 Prozent aus. Was auf den ersten Blick positiv aussieht, entpuppt sich beim zweiten Hinsehen als Problem mit schwerwiegenden Folgen. Erstens: Der Wirtschaft fehlen dringend benötigte Fachkräfte, denn im Rahmen einer Berufsausbildung erwerben sich die Jugendlichen schon früh wertvolle praktische Erfahrung.

Zweitens: Wie die Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung schon 2013 in einer bemerkenswerten Langzeituntersuchung festgehalten hat («Studienabbrüche an Schweizer Universitäten»), besteht ein enger Zusammenhang zwischen gymnasialer Maturitätsquote und Studienabbrüchen. Im Klartext: Je einfacher die Schüler zu ihrer Matur kommen, desto rascher werfen sie im Studium das Handtuch.

Hohe Kosten

Die finanziellen Folgen sind gravierend. Laut BFS kostet ein Student der Pharmazie (inkl. Forschungs- und Betreuungsaufwand) jährlich mehr als 60 000 Franken, Naturwissenschaftler mehr als 80 000 Franken pro Jahr. «Wenn Jugendliche das



Urs Berger, Stv. Direktor der Wirtschaftskammer und Leiter Berufsbildung, bringt den Schülerinnen und Schülern der Sekundarschule Frenkendorf die Welt der dualen Bildung näher. Im Rahmen des Programms «Fit in die Lehre» besucht Urs Berger jedes Jahr zahlreiche Schulklassen und Elternabende.

FOTO ARCHIV

Gymnasium besuchen und danach das Studium schmeissen, statt eine Berufsausbildung zu absolvieren, ist das also nicht zielführend», stellt **Christoph Buser** fest. Der Direktor

der Wirtschaftskammer Baselland weist darauf hin, dass dies noch viel öfter der Fall wäre, wenn **Urs Berger**, der Stv. Direktor und Leiter Berufsbildung, nicht schon seit

Jahren mit der Kampagne «Fit in die Lehre» Schulklassen und Elternabende besuchen würde, um den Jugendlichen und deren Eltern die Karrieremöglichkeiten im Rahmen der dualen Bildung aufzuzeigen.

Berufsbildung auch für P-Schüler

Urs Berger bestätigt: «Schülerinnen und Schüler der progymnasialen Abteilungen – vor allem auch ihre Eltern – gehen meist davon aus, dass nur ein Uni-Studium infrage kommt. Im persönlichen Gespräch zeigt sich aber oftmals, dass eine Berufsausbildung zielführender wäre.»

Nicht wenige Jugendliche würden diesen Weg beschreiten, wenn ihnen klar werde, dass ihnen auf Basis einer Berufslehre tolle Karrieremöglichkeiten offenstehen, sagt Urs Berger. Das betreffe nicht nur Schülerinnen und Schüler aus der allgemeinen und der erweiterten Abteilung der Sekundarschule (A, E), sondern auch aus der progymnasialen Abteilung (P).

Die Kampagne «Fit in die Lehre» trage also ganz entscheidend dazu bei, «dass Schülerinnen und Schüler optimal auf die Berufsausbildung vorbereitet sind, dass die Wirtschaft wertvolle Fachkräfte erhält und nicht zuletzt, dass die öffentliche Hand entlastet wird», resümiert Wirtschaftskammerdirektor **Christoph Buser**.

Daniel Schindler

KANTON BASEL-LANDSCHAFT

Standard & Poor's bewertet Schuldnerqualität mit «AA+/A-1+».

Baselland behält sein gutes Rating

Die internationale Rating-Agentur Standard & Poor's hat die lang- und kurzfristigen Ratings für den Kanton Basel-Landschaft bestätigt. Mit «AA+/A-1+» bewertet sie die Schuldnerqualität des Kantons Basel-Landschaft unverändert als sehr gut.

«Das Baselland gehört somit weiterhin zu den Schuldnern mit sehr guter Bonität. Dies trotz der relativ hohen Verschuldung und des noch nicht vollständig beseitigten strukturellen Defizits im Finanzhaushalt», schreibt der Baselibieter Regierungsrat in seiner Medienmitteilung vom vergangenen 30. Mai.

Gemäss Standard & Poor's basiert die aktuelle Bestätigung des Ratings auf der starken Wirtschaft der Region, den beständigen und berechenbaren staatlichen Rahmenbedingungen sowie auf der soliden Lage bei der Liquidität des Kantons Basel-Landschaft.

Stabile Aussichten

Den Ausblick für den Kanton Basel-Landschaft beurteilt Standard & Poor's mit dem Prädikat «stabil». «Massgebend für diese Bewertung ist gemäss Einschätzung der Rating-Agentur, dass sich die Situation beim Finanzhaushalt dauerhaft verbessert und die gute Lage bei der Liquidität Bestand hat», schreibt der Baselibieter Regierungsrat.

«Die Beurteilung von Standard & Poor's bestätigt die Notwendigkeit der im Jahr 2015 von der Regierung eingeleiteten Massnahmen zur Wiederherstellung eines nachhaltig ausgeglichenen Staatshaushaltes», heisst es weiter in der Medienmitteilung.

Reto Inclin

REVIDIERTES ENERGIEGESETZ – Die Fachkommission Umweltschutz & Energie der Wirtschaftskammer Baselland befürwortet das vom Landrat am 2. Juni 2016 in erster Lesung verabschiedete revidierte Baselibieter Energiegesetz.

Baselibieter Wirtschaft begrüsst das Energiegesetz

Das revidierte Baselibieter Energiegesetz geht in die richtige Richtung. Es setzt den Fokus auf die Energieeffizienz und stützt dabei auf das Erfolgsmodell des Baselibieter Energiepakets ab. Letzteres motiviert seit Jahren investitionsbereite Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer, ihre Liegenschaften energetisch zu sanieren. Damit setzt der Landrat aus Sicht der Fachkommission Umweltschutz & Energie der Wirtschaftskammer Baselland (siehe Kasten rechts) laut Kommissionspräsident **Lucian Hell** die richtigen Leitplanken.

Marc Gut, Vorstandsmitglied von suissetec NWCH unterstricht, dass sich das Energiepaket – ein wichtiger Teil des Energiegesetzes – bewährt habe und eine Verdreifachung desselben der richtige Weg sei, um die von der Stimmbürgerbevölkerung 2010 gesteckten umweltpolitischen Ziele zu erreichen. Entscheidend sei zudem

«ES IST WICHTIG, DASS PROGRAMME EINE GEWISSE KONSTANZ HABEN.»

MARC GUT, SUISSETECH NWCH

Planungssicherheit für Investoren. «Die meisten Leute sanieren in Etappen. Es ist darum wichtig, dass Programme eine gewisse Konstanz haben», gab Gut zu bedenken. Da viele Leute aufgrund der Informationen und Anreize des Baselibieter Energiepakets umfassender sanieren, könne «nicht von einem Mitnahmeeffekt die Rede sein».

Auch aus Sicht des Hauseigentümerverbands Baselland (HEV) sei die im

Gesetz vorgesehene Energieabgabe «der einzig gangbare Weg», sagte HEV-Präsident und Landrat **Markus Meier**. Der Stv. Wirtschaftskammerdirektor warnte vor einer allgemeinen Steuererhöhung. Eine solche komme für den HEV nicht infrage. «Eine allgemeine Steuererhöhung

«DIE HAUSEIGENTÜMER BEZAHLEN DIE ABGABE, ABER SIE KOMMT IHNEN DAFÜR AUCH WIEDER ZUGUTE.»

MARKUS MEIER, HEV BL

bringen wir nie mehr weg», gab Meier zu bedenken. Deswegen sei die vorgesehene zeitlich begrenzte, und strikt zweckgebundene Abgabe zielführender. «Die Hauseigentümer bezahlen die Abgabe, aber sie kommt ihnen dafür auch wieder zugute», sagte der HEV-Präsident.

Kommissionsforderungen erfüllt

Wirtschaftskammerdirektor und Landrat **Christoph Buser** berichtete über die Debatte im Rahmen der ersten Lesung im Parlament. Demnach hat der Landrat den Forderungen der Fachkommission Umweltschutz & Energie aus der ersten Sitzung im Grundsatz entsprochen.

«Die Technologieverbote sind entfallen und die Energieplanungsmaßnahmen der Gemeinden müssen unbürokratisch umgesetzt werden – auch das ist im Gesetz verankert», sagte Buser. Zudem habe man die Anschlusspflicht an Wärme- und Kälteversorgungsnetze gestrichen. «Überdies können nicht nur Grossverbraucher die Zielvereinbarungen



Lucian Hell, Präsident der Fachkommission Umweltschutz & Energie.

FOTO ARCHIV

unbürokratisch abschliessen, um sich von der Abgabe befreien zu lassen, sondern auch alle anderen Unternehmen.» Die bereits getätigten Leistungen würden umfassend und gebührend berücksichtigt. Auch eine Härtefallregelung sei nun im revidierten Energiegesetz verankert. «Das zeigt: Aussagen, wonach das Gesetz die Wirtschaft übermässig belastet, sind nicht haltbar», sagte Buser.

Kompromiss bei GEAK

Beim Gebäudeenergieausweis der Kantone (GEAK) waren laut Christoph Buser Bestrebungen im Gange, den Paragraphen aus dem Gesetz zu streichen. Jedoch habe man sich im Landrat in der ersten Lesung auf einen Kompromiss geeinigt. Der Bund lege für bestimmte Massnahmen im Rahmen des Gebäudeprogramms fest, dass eine GEAK-Pflicht

Voraussetzung für die Subventionen ist und im kantonalen Gesetz verankert sein muss. Deshalb habe sich das Parlament auf eine kann-Formulierung verständigt. Auch werde nicht der Regierungsrat, sondern der Landrat über die Einführung einer GEAK-Verpflichtung befinden, sagte Buser.

Volksentscheid ernstnehmen

Den finanziellen Aspekt sprach **Robert Dahinden**, COO der Prattler CABB AG, an. Der klare Auftrag der Baselibieter Stimmbürgerbevölkerung, den Anteil erneuerbarer Energien (ohne Mobilität) im Baselland bis 2030 auf 40 Prozent zu erhöhen, sei ernst zu nehmen. Doch sei bei der Abstimmung 2010 ein entscheidender Punkt zu wenig klar geworden: «Die vom Stimmvolk beschlossenen Ziele im Energiegesetz können nicht zum Nulltarif erreicht werden.» Nun wisse man, was diese zusätzlichen Massnahmen kosten, so Dahinden.

«DIE VOM STIMMVOLK BESCHLOSSENEN ZIELE KÖNNEN NICHT ZUM NULLTARIF ERREICHT WERDEN.»

ROBERT DAHINDEN, CABB

den. Die Gretchenfrage laute jetzt: «Ist die Baselibieter Stimmbürgerbevölkerung bereit, für die Erreichung der selbst gesetzten Ziele den entsprechenden Preis zu bezahlen?» Falls nicht, könnten die Zielsetzungen im Energiegesetz nicht erreicht werden. «Sie müssten konsequenterweise nach unten korrigiert werden», so Dahinden.

Daniel Schindler

FACHKOMMISSIONEN

Mit den Fachkommissionen stehen der Geschäftsstelle und den Organen der Wirtschaftskammer Baselland Expertinnen und Experten aus dem Kreis der Mitglieder zur Beratung in KMU-spezifischen Sachfragen zur Verfügung. Es bestehen verschiedene thematische Fachkommissionen, darunter Bauwirtschaft, Berufsbildung, KMU-Finanzierung, Gastro & Detailhandel sowie Umweltschutz & Energie.

Letztere hat sich bereits am 25. Januar 2016 mit dem revidierten Baselibieter Energiegesetz auseinandergesetzt. Mit dabei waren damals wie auch an der zweiten Sitzung zum Thema vom vergangenen Dienstag Vertreter aller Verbände des betroffenen Bauhaupt- und Baubergewerbes sowie der Grossverbraucher.

Bereits in der Januarsitzung wurde die grundsätzliche Stossrichtung des neuen Gesetzes begrüsst. Die von der Regierung ausgearbeitete Vorlage setze auf Anreize und nicht auf Verbote. Zudem äusserte sich die Fachkommission Umweltschutz & Energie auch zur Ausweitung des Baselibieter Energiepakets auf Industrie und Gewerbe und die damit verbundene Verdreifachung der Mittel.

Präsiert wird die Fachkommission Umweltschutz & Energie von **Lucian Hell**, Inhaber und Geschäftsführer des Malergeschäfts Oscar Hell AG in Muttenz. dan